

Der Vollzugsdienst

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

4-5/2013 - 60. Jahrgang

Die Gremien der BSBD-Bundesleitung tagen im hohen Norden

Berichte zur Mehrfachbelegung auf der Tagesordnung

Seite 1

Berlin: Protest vor dem Bundeskanzleramt: „Der Staat sieht alt aus“

75 % der Beschäftigten sind älter als 35 Jahre

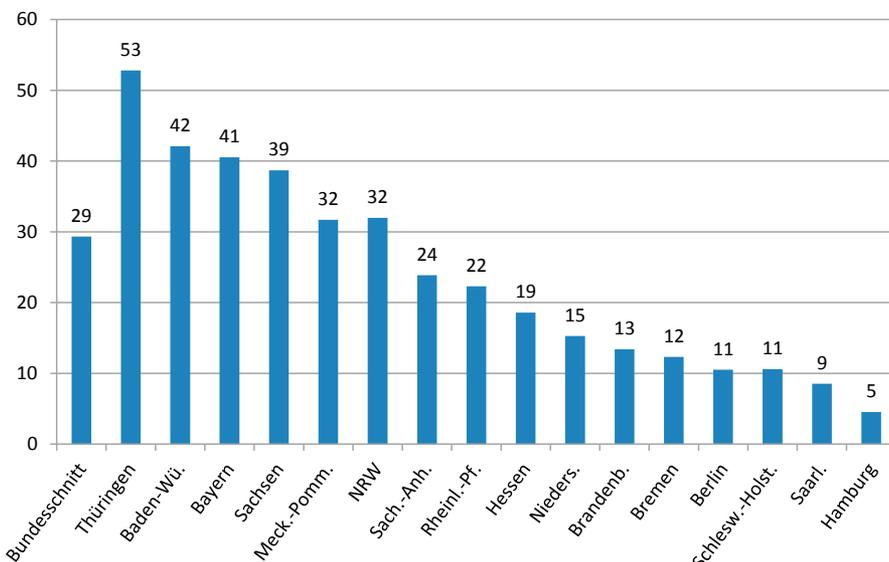
Seite 30

Neu konzipierte Programme zur Eingliederung arbeitsloser Straffälliger

Europaabgeordneter Burkhard Balz besucht JVA Celle, Abt. Salinenmoor

Seite 58

Mehrfachbelegung in deutschen Haftanstalten



Quelle: Statistisches Bundesamt - 31. März 2013, Auswertung: BSBD

Bundesländer-Ranking: Thüringen mit höchster Mehrfachbelegung (53 %) im Strafvollzug, Baden-Württemberg (42 %) und Bayern (41 %) folgen.



Fachteil: Urteil Urlaubsabgeltungsanspruch



Berlin Seite 30



Rheinland-Pfalz Seite 75



Saarland Seite 81

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Der BSBD-Bundesvorstand tagt im hohen Norden
- 2 Rechenspiele und Wirklichkeit im Justizvollzug
- 4 Berufs- und Dienstunfähigkeit: Das Risiko wird unterschätzt
- 5 Der AVD bleibt auch im modernen Strafvollzug die tragende Säule

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 26 Bayern
- 30 Berlin
- 37 Brandenburg
- 41 Bremen
- 42 Hamburg
- 49 Hessen
- 55 Mecklenburg-Vorpommern
- 57 Niedersachsen
- 61 Nordrhein-Westfalen
- 75 Rheinland-Pfalz
- 79 Saarland
- 82 Sachsen
- 87 Sachsen-Anhalt
- 88 Thüringen

FACHTEIL

- 94 Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum Urlaubsabgeltungsanspruch



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	bsbdbrblgs@aol.com vollzugsdienst.neumann@aol.com
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodmann@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Willi Köbke	willikoebke@versanet.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	helmut.halwachs@jva-buetzow.mv-justiz.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	markuswollscheid@t-online.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Gerd Schulz	g.schulz@bsbd-thueringen.de www.thueringen.de

dbb jugend protestiert vor dem Bundeskanzleramt

Öffentlicher Dienst: „Der Staat sieht alt aus“

75 Prozent der Beschäftigten sind älter als 35 Jahre – Viele Mitarbeiter sind am Anschlag und demotiviert

Unter dem Motto „Der Staat sieht alt aus“ hat die dbb Jugend Anfang September mit einer Protestaktion vor dem Bundeskanzleramt in Berlin auf die schlechte Personalausstattung des öffentlichen Dienstes aufmerksam gemacht. Unterstützt wurde die Aktion vom dbb berlin, der mit seinem Landesvorsitzenden Frank Becker, Landesvize Bernd Raue, dem Vorsitzende des „Jugendpolitischen Ausschusses, Falco Naujoks, und dem BSBD Landesvorsitzenden Thomas Goiny vor Ort war.

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Astrid Hollmann** brachte Sinn und Zweck der Aktion vor den Demonstranten auf den Punkt: „Uns treibt die Sorge um die Qualität des öffentlichen Dienstes in Deutschland.“

„Ausgedünnt durch den massiven Personalabbau seit der Wiedervereinigung, erwischen uns demografischer Wandel und Fachkräftemangel jetzt mit voller Wucht“, so **Hollmann**, „die Wirtschaft läuft uns beim Kampf um gute Mitarbeiter den Rang ab.“ Angesichts der aktuellen Altersstruktur in Behörden und Verwaltungen – 75 Prozent der Beschäftigten sind älter als 35 Jahre – und entsprechend hoher Krankenstände blieben wichtige öffentliche Dienstleistungen auf der Strecke. „Viele Beschäftigte sind am Anschlag und demotiviert.

In diesem Zustand wird Deutschlands öffentlicher Dienst seine Funktions- und Leistungsfähigkeit nur schwerlich halten können“, warnte die **dbb-Vize** und forderte: „Hier muss dringend gegengesteuert werden.



Der Landesvorsitzende Thomas Goiny unterstützte die Aktion vor Ort!

Foto: BSBD Berlin

Der Staat bietet die Grundlagen für Allgemeinwohl und Wohlstand in Deutschland, und dafür braucht er Mitarbeiter, die sich dieser Aufgabe kompetent und

mit Leidenschaft widmen. Wer die Besten für den öffentlichen Dienst will, muss auch Bestes bieten.“

Konzept für Berlin?

Auch der Berliner Vorsitzende **Frank Becker** hat in politischen Gesprächen immer wieder vor Personalmangel, Überalterung des öffentlichen Dienstes und Überlastung seiner Mitarbeiter gewarnt. Begrüßt hatte der **dbb-Landeschef** in

diesem Zusammenhang die Ankündigung der **SPD-Fraktion** im Berliner Abgeordnetenhaus, wonach in Kürze gemeinsam mit der **CDU** Anträge zur Personalentwicklung im öffentlichen Dienst eingebracht werden sollen. Unter anderem seien diese Anträge auf die Erstellung von

aufgabenkritischen Personalbedarfskonzepten für die Berliner Verwaltung, auf Personalentwicklung und eine forcierte qualitative Personalgewinnung und -bindung gerichtet.

Seit dem 1. Mai 2013:

Martin Riemer ist neuer Leiter in der JVA Tegel

Komplexität und Vielfalt bereits begonnener Veränderungen in der Anstalt, machen die Aufgabe sehr interessant

Martin Riemer ist seit Oktober 1998 bei der Berliner Justiz beschäftigt. Nach Stationen als stellvertretender Teilanstaaltsleiter in der JVA Tegel und Justiziar der JVA für Frauen war er von September 2000 bis Anfang 2004 Leiter des Servicebereichs der JVA Tegel und zugleich zweiter Stellvertreter des Anstaaltsleiters. Im Februar 2004 wechselte er in die Senatsverwaltung für Justiz. Sein Verantwortungsbereich umfasste in dieser Zeit u. a. Gesetzgebungsarbeiten, viele Facetten der Haushaltswirtschaft, die Beteiligung Privater an vollzuglichen Aufgaben, die IT im Justizvollzug und die Einführung eines Controllingverfahrens für den Justizvollzug. Darüber hinaus war er maßgeblich an der Zusammenlegung der Justizvollzugsanstalten Heiligensee und Hakenfelde, der Verschmelzung der JVA Düppel mit der JVA Hakenfelde, der Erstellung des Personalkonzepts für die JVA Heidering und nicht zuletzt an der Verschmelzung der JVA Charlottenburg mit der JVA Plötzensee und dem Justizvollzugskrankenhaus Berlin beteiligt. Im folgenden beantwortet Martin Riemer fünf Fragen, die ihm die Redaktion stellte.

1. Was ist an der Tätigkeit des Anstaaltsleiters in der JVA Tegel so besonders, dass Sie sich beworben haben? Was reizt Sie an der Tätigkeit?

Martin Riemer: Aus meinen früheren Tätigkeiten in der JVA Tegel, aber auch aus meiner Zeit bei der Senatsverwaltung für Justiz weiß ich, dass die JVA Tegel eine sehr gut geführte Anstalt mit vielen kompetenten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den

unterschiedlichsten Berufsgruppen ist. In Tegel verbüßen die schwierigsten Gefangenen Berlins ihre Strafen. Auch sind alle Sicherungsverwahrten Berlins hier untergebracht.

Es gibt ein sehr differenziertes Behandlungs- und Betreuungsangebot. Diese Komplexität und Vielfalt, aber auch die weitere Gestaltung der bereits begonnenen Veränderungen in der Anstalt, machen die Aufgabe des Anstaaltsleiters der JVA Tegel sehr interessant.

2. Sie sind in den letzten Wochen nun schon viel durch die Anstalt herum gekommen und haben auch viele Gespräche geführt? Welchen Eindruck haben Sie gewonnen?

Martin Riemer: Ich habe viele unterschiedliche Eindrücke gewonnen, kann Ihnen aber versichern, dass es ganz überwiegend sehr positive Eindrücke sind. Meine Kennenlern- und Einarbeitungsphase ist natürlich noch nicht ab-

geschlossen. In allen Bereichen bin ich sehr freundlich aufgenommen worden, und habe viele konstruktive Vorschläge und auch manchen kritischen Hinweis erhalten.

Die Anstalt befindet sich aufgrund verschiedener derzeit laufender Veränderungen mitten in einem Umbruch, wie ihn wohl die meisten der hier tätigen Bediensteten in ihrem Berufsleben noch nicht erlebt haben. Nach der bereits erfolgten Schließung der Teilanstalt I wird nun auch die Teilanstalt III leer gezogen. Im Jahr 2007 war die Anstalt mit mehr als 1.700 Gefangenen belegt, jetzt sind es noch rund 900. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den zurück liegenden Monaten in die neue JVA Heidering gewechselt.

Seit 1. Juni 2013 gilt das neue Berliner Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz, das viele Veränderungen für die tägliche Arbeit mit sich bringt. In der Anstalt gibt es derzeit mehrere große Baustellen, u. a. den Neubau für die Einrichtung zum Vollzug der Sicherungsverwahrung mit 60 Plätzen.

Am 1. Januar 2014 wird die **Berliner Immobilien Management GmbH** das Facility Management für die JVA Tegel übernehmen. Die Mitarbeiter des Technischen Dienstes werden zum Landesbetrieb für Gebäudewirtschaft versetzt.

Alle diese Veränderungen erfordern die Anpassung von Konzeptionen, Regelungen und Abläufen. Die Gestaltung aller dieser Veränderungen, auch weil sie gleichzeitig geschehen, stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Fragen, für die es keine einfachen und erprobten Lösungen gibt. Trotzdem werden diese Veränderungen ganz überwiegend sehr gut gemanagt. Natürlich haben diese Veränderungen an vielen Stellen vorübergehend auch zu Überlastungen des Personals geführt. Teilweise dauern diese Überlastungen noch an.

3. Auf welche Veränderungen muss sich die JVA Tegel und ihre Mitarbeiter/-innen in den nächsten Jahren einstellen?

Martin Riemer: Im Wesentlichen zunächst auf diejenigen Veränderungen, die allen anderen Behörden in Deutschland, besonders im Land Berlin auch bevorstehen:

Weiter steigende Erwartungshaltung bei Politik und Öffentlichkeit zur Qualität der geleisteten Arbeit bei gleichzeitigen Sparzwängen aufgrund der weiterhin angespannten Situation der öffentlichen Haushalte; Steigende Erwartungshaltung bei den Mitarbeitern, Wunsch nach familiengerechten Arbeits-

zeitregelungen und mehr Beteiligung; Größere Schwierigkeiten bei der Gewinnung neuen Personals aufgrund des demografischen Wandels. Weiter steigende Bedeutung der IT, sowie der weitere Ausbau von Shared Services.

Hinzu kommen die spezifischen Herausforderungen für den Justizvollzug in Berlin, z. B. die Weiterentwicklung der Rahmenkonzeptionen für den geschlossenen Männervollzug aufgrund der Inbetriebnahme der JVA Heidering und der gesunkenen Belegung. Zu nennen ist selbstverständlich auch die Umsetzung des in Vorbereitung befindlichen Berliner Strafvollzugsgesetzes. Speziell für die JVA Tegel wird es darum gehen, die Vielzahl der bereits laufenden und künftigen Veränderungen so zu gestalten, dass hier weiterhin ein möglichst guter Strafvollzug gewährleistet werden kann. Die JVA Tegel ist wegen ihrer zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sehr berufserfahren, zugleich aber Neuerungen gegenüber sehr aufgeschlossen sind, nach meiner Einschätzung gut auf die vor uns liegenden Aufgaben vorbereitet.

4. Wie wollen Sie die Beschäftigten auf diese Reise mitnehmen, wo bedarf es Veränderungen in der Personalstruktur und Personalführung?

Martin Riemer: Über bevorstehende Veränderungen möchte ich frühzeitig informieren, die für die Anstalt bestehenden Handlungsspielräume aufzeigen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so umfassend wie möglich beteiligen. Schwierige Vorhaben werden nur dann erfolgreich gelingen, wenn die Interessen der Beschäftigten angemessen berücksichtigt werden.



Die Personalstruktur der JVA Tegel passt schon ziemlich gut zu den erfolgten bzw. laufenden Veränderungen, da sich die Anstalt in den zurück liegenden Jahren sehr gut auf die personellen Auswirkungen der Schließung der Teilanstalten I und III vorbereitet hat. Obwohl die Personalabgänge an die JVA Heidering nicht genau zu den wegfallenden Stellen passen, ist in der JVA Tegel kein interner Überhang entstanden.

Übrigens hat die Anstalt in den meisten Laufbahnen eine gute Altersstruktur, da in den letzten Jahren viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt werden konnten. Im Allgemeinen Vollzugsdienst sind dem Ruf nach Heidering eher jüngere Kolleginnen und Kollegen gefolgt. Die Altersstruktur ist in dieser Laufbahn nicht unproblematisch, bereitet mir aber keine schlaflosen Nächte. Schwierig gestaltet sich die Situation nach meiner bisherigen Einschätzung nur im mittleren und gehobenen Verwaltungsdienst. In diesen beiden Laufbahnen braucht die Anstalt dringend noch einige jün-

gere Kräfte, damit die mittelfristig bevorstehende Pensionierungswelle bewältigt werden kann. Daher ist es auch so wichtig, dass die derzeit befristet beschäftigten Bediensteten des mittleren Verwaltungsdienstes fest übernommen werden.

Über allen Fragen zu möglichen Veränderungen der Personalstruktur schwebt natürlich der Sparbeschluss des Senats, bis 2016 im Justizvollzug 205 Stellen abzubauen zu wollen.

Erst wenn der nunmehr geplante Einstieg in eine anstaltsübergreifende Aufgabenkritik zu konkreten Ergebnissen gelangt ist, werden die Veränderungen für die Personalstruktur erkennbar sein. Natürlich wird die JVA Tegel als Anstalt mit den meisten Beschäftigten von diesen Einsparungen nicht ausgenommen bleiben, da mache ich mir keine Illusionen. Zu Ihrer Frage zum Führungsverhalten:

Mir ist daran gelegen, dass sich Führungskräfte auch als Führungskräfte verstehen und sich ihrer Bedeutung für Motivation und Stimmung der Beschäftigten, aber auch für die Definition und Erreichung von Zielen bewusst sind. Ich erwarte von Führungskräften Fürsorge und Verständnis für die Belange der Mitarbeiterinnen und



Martin Riemer, Anstaltsleiter der JVA Tegel.

Foto: BSBD Berlin

Mitarbeiter, aber auch eine klare Arbeitgeberhaltung. Ein Gefängnis ist nicht für die Bediensteten da, sondern zur Resozialisierung von Gefangenen zum Wohle der Allgemeinheit.

5. Die JVA Tegel war mal die größte Anstalt im geschlossenen Männervollzug in Deutschland. Das trifft nur noch in der Fläche zu. Wo steht die JVA Tegel in 10 Jahren und welche Bedeutung wird sie innerhalb des Berliner Justizvollzuges wahrnehmen?

Martin Riemer: Zunächst möchte ich betonen, dass für mich die Größe eines Gefängnisses keinen Wert an sich darstellt.

Ich sehe daher den quantitativen Schrumpfungprozess der JVA Tegel keinesfalls als Problem, sondern vielmehr als Chance an. Wo die Anstalt in 10 Jahren stehen wird, kann ich Ihnen nicht sagen, da ich keine prophetischen Fähigkeiten habe.

Ich kann Ihnen aber meine Wunschvorstellung schildern: Die JVA Tegel ist in 10 Jahren noch immer eine Anstalt, die sich durch ihr besonderes behandlungsorientiertes Klima auszeichnet. Die JVA Tegel ist in der Vollzugslandschaft Berlins die auf die Behandlung von erwachsenen männlichen Strafgefangenen mit mittleren bis lebenslangen Freiheitsstrafen und Sicherungsverwahrten spezialisierte Anstalt.

Das breite Angebot an Behandlungsmaßnahmen ist konsequent an der Resozialisierung der Gefangenen ausgerichtet. Zugleich ist die JVA Tegel eine Anstalt mit einem hohen Maß an sozialer Sicherheit.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind sich dieser besonderen Errungenschaft bewusst und tragen dazu bei, dass sie weiter ausgebaut wird. Die JVA Tegel ist in baulich-technischer und organisatorischer Hinsicht weiterhin eine sichere Anstalt.

Die Gebäudesubstanz der Anstalt befindet sich aufgrund fortlaufender Sanierungsarbeiten in einem guten Zustand. Das denkmalgeschützte kaiserzeitliche Gebäudeensemble ist erhalten und mit viel Kreativität so saniert worden, dass die räumlichen Unterbringungs- und Behandlungsbedingungen mit denen in der JVA Heidering mithalten können. Die Sozialtherapeutische Anstalt ist in einem ihren Bedürfnissen entsprechenden Ersatzneubau untergebracht, nachdem sie für einige Jahre mit einer Übergangslösung leben musste.

Das Wichtigste zum Schluss: Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten gerne in der JVA Tegel und sind stolz auf ihren Beruf und auf ihre Arbeit.

Senator Heilmann hält Wort

Die Weiterbeschäftigung ist gesichert

BSBD Berlin hat sich unentwegt und mit Nachdruck eingesetzt

Mit Zufriedenheit hat der BSBD Berlin die Mitteilung des Abteilungsleiters III, Dr. Meinen, aufgenommen, dass der ehemalige Verwaltungslehrgang eine Verlängerung des Arbeitsvertrages bis zum 31. Oktober 2014 erhalten wird.



Thomas Goiny,
Landesvorsitzender
BSBD Berlin.

Foto: BSBD Berlin

Ein entsprechendes Schreiben wurde den Kolleginnen und Kollegen durch Vertreter der zuständigen Abteilung ausgehändigt. Die Arbeitsverträge werden in den nächsten Wochen den Bediensteten zugesandt und unterschrieben.

„Besonders erfreut sind wir darüber, dass auch der letzte Ausbildungslehrgang 222 im AVD nach der Prüfung im September einen Zwei-Jahresvertrag erhält. Damit hat der Justizsenator sein Wort gehalten, sich für alle Auszubildenden im Justizvollzug einzusetzen“, sagte der Landesvorsitzende **Thomas Goiny**.

Aus Sicht des **BSBD Berlin** ist es jetzt wichtig, im nächsten Haushaltsplan die entsprechenden Planstellen für eine Übernahme in das Beamtenverhältnis zur Verfügung zu stellen. Für die Zukunft

des Berliner Justizvollzuges ist die Planung der nächsten Ausbildungslehrgänge im Doppelhaushalt 2014/2015 im allgemeinen Vollzugsdienst enorm wichtig.

Dazu gehören auch deutliche finanzielle Anreize, wie z. B. die Wiedereinführung der Anwärtersonderzuschläge und die Anerkennung von beruflichen Vordienstzeiten, um die entsprechend qualifizierten Bewerber finden zu können.

Der **BSBD Berlin** hat sich unentwegt für die Übernahme und Weiterbeschäftigung aller Anwärter und Anwärterinnen bei den politisch Verantwortlichen eingesetzt und wird sich als die zuständige Fachgewerkschaft im Berliner Justizvollzug auch weiterhin mit Nachdruck für die Nachwuchsgewinnung einsetzen.

Neuer Bereich Öffentlicher Sektor

Der persönliche Kontakt mit den Kunden ist wichtig

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Die BBBank steht in der Tradition der deutschen Beamtenbanken und fühlt sich dem öffentlichen Dienst in besonderer Weise verbunden.

Diese Verbundenheit hat sich auch in ihrer internen Struktur etabliert. Mit Beginn dieses Jahres wurde der neue Bereich Öffentlicher Sektor geschaffen.

Der Name des neuen Bereiches wurde bewusst gewählt und setzt ein klares Signal: Die **BBBank** ist die Hausbank und erster Ansprechpartner für den öffentlichen Dienst. Der neue Bereich, genauer sein **28-köpfiges Team**, ist in der Fläche bundesweit aktiv.

Eine der Hauptaufgaben ist, die Kunden als Vertrauensperson noch intensiver zu betreuen und Sie bestmöglich bei Ihrer Tätigkeit zu unterstützen. „Für uns stehen die Kunden im Mittelpunkt“, sagt **Achim Hoffmann**, Direktor öffentlicher Dienst.

Unsere Vertrauenspersonengemeinschaft besteht heute aus über 260 Personen. „Als guter Partner sind uns der persönliche Kontakt sowie das offene und ehrliche Gespräch mit dem Kunden wichtig“, so **Hoffmann** weiter. Wir haben immer ein offenes Ohr für unsere



1. Reihe (von links): Achim Hoffmann, Tanja Hengesbach, Frank Stöcker, Thorsten Schneider, Jörg Hummer. 2. Reihe (von links): Julia Meisel, Natalie Vetter, Ingo Muhs, Alexander Bonnes. 3. Reihe (von links): Claudia Stoll, Silke Fischer, Ute Hensen-Seuser, Michael Manthey, Ulf Schlitter. 4. Reihe (von links): Tom Behrmann, Stefan Schuhmann, Jens Lange, Florian Hinrichsen. 5. Reihe (von links): Alexander Oelschlägel, Matthias Blendel, Roland Hipke, Alexander Konzack. Letzte Reihe (von links): René Plat.

Kunden. Besonders wichtig ist uns dabei eine partnerschaftliche Zusammenarbeit – persönlich, verlässlich und individuell.

Offener Brief an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin

Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2014/2015

Besoldungsperspektive bis 2017

Der Landesvorstand des dbb beamtenbund und tarifunion berlin hat sich in seiner letzten Sitzung erneut mit dem Thema Besoldungsanpassung der Berliner Beamtinnen und Beamten befasst.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion berlin** und seine Fachgewerkschaften des Landesdienstes Berlin sind über den Vorschlag des Senats, die Beamtinnen und Beamten jeweils zum August des Jahres 2014 und 2015 mit einer Erhöhung der Besoldung um 2,5 % abzuspeisen, wütend. Und warum überhaupt erst zum Monat August und keine Erhöhung der Besoldung – wie im Arbeitnehmerbereich – zu Beginn des Jahres?

Die Beamtinnen und Beamten haben dem Land Berlin gegenüber nicht nur ein Sparopfer von mehreren Milliarden Euro seit 2004 erbracht. Nein sie hinken ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern auch weiter in zweistelligem Prozentbereich hinterher. Dies hat mit Wertschätzung der Arbeit, die diese Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, Feuerwehr, Justiz, Lehrern, allgemeine Verwaltung und Finanzämtern tagtäglich für das Land Berlin leisten – unter immer schlechter werdenden Rahmenbedingungen – rein gar nichts mehr zu tun. Insbesondere ist keine Besoldungsperspektive bis 2017 erkennbar, so wie



sie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen des Tarifvertrages für diese Beschäftigungsgruppe vertraglich vereinbart wurde. Die Kolleginnen und Kollegen haben es satt, dass sie jederzeit zu Mehrarbeit und Überstunden herangezogen werden und der Senat, mit dem Regierenden Bürgermeister an der Spitze, nichts, aber auch gar nichts dafür tut, dass in Berlin endlich wieder eine Bezahlungsgerechtigkeit und damit Wertschätzung einkehrt.

Auch der Bundesvorsitzende des **dbb. Klaus Dauderstädt**, kritisierte diesen unsäglichen Missstand in Berlin. Er sagte: „Man kann das drehen wie man will, der Besoldungsabstand zwischen Berlin und Bund oder Bayern ist inzwischen deutlich zweistellig. Die Beschäftigten erwarteten zu Recht eine halbwegs phasengleiche Anpassung ihrer Bezahlung. Und dabei setzt der Tariftisch den Takt.“

Nicht minder wichtig, so der Bundesvorsitzende des **dbb**, wäre ein Programm, den Beamten im Lande eine saubere Perspektive über weitere Anpassungsschritte zum Niveau der anderen öffentlichen Hände zu präsentieren, denn in dieser Zeitspanne wird ja auch das Gehaltsniveau der Tarifbeschäftigten im Stufenplan angeglichen. Seite an Seite mit den Berliner Kolleginnen und Kollegen appellierte der **Bundes-dbb** an die Ver-

antwortlichen in Berlin, bald Entscheidungen zu treffen: „Zeigen Sie uns, dass Berlin eine flotte Metropole ist. Auch die beste Currywurst schmeckt nicht mehr, wenn man sie verbrutzeln lässt.“

Der **dbb beamtenbund und tarifunion berlin** kritisiert insbesondere die Ignoranz des Senats von Berlin und den Missstand, dass er weiterhin die gute Arbeit seiner Beamtinnen und Beamten mit Füßen tritt. Daher appellieren wir an Sie als Volksvertreterinnen und -Vertreter, dass Sie die Beamtinnen und Beamten nicht vergessen und diese bald keine Sondersparschweine Berlins mehr sind und auf eine angemessene Angleichung ihrer Gehälter weiter warten müssen.

Daher gehen wir davon aus, dass Sie unsere Forderungen nach einer verlässlichen Besoldungsperspektive bis zum Jahre 2017 tatkräftig unterstützen. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen des Landes Berlin ist nämlich keine verfassungsrechtlich anerkannte Begründung für eine Abkoppelung der Besoldung von der allgemeinen Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung.

Sonderopfer dürfen den Beamtinnen und Beamten zur Konsolidierung des Berliner Haushalts nicht auferlegt werden. Dies sagt auch schon die ständige Rechtsprechung hierzu. Gerne stehen wir für Gespräche zur Verfügung.

Frank Becker, dbb-Landesvorsitzender

Abschied aus der JVA Tegel

Ralph Adam jetzt im verdienten Ruhestand

Langjähriges Engagement als Dozent an der Bildungsstätte Justizvollzug

Am 26. April 2013 wurde Ralph Adam, Leiter der Justizvollzugsanstalt (JVA) Tegel, durch Justizsenator Thomas Heilmann in den Ruhestand verabschiedet.

Ralph Adam kann dabei nach 40 Jahren im öffentlichen Dienst und 35 Dienstjahren in der JVA Tegel auf eine bewegte und erfolgreiche Karriere in unterschiedlichen Funktionen zurückblicken. Im Januar 1978 begann **Ralph Adam** seine Tätigkeit in der JVA Tegel als Sozialarbeiter in der Teilanstalt III und hat sich dort – von den Gedanken des gerade in Kraft getretenen Strafvollzugsgesetzes getragen – für die Einrichtung eines behandlungsorientierten Wohngruppenvollzuges für Gefangene mit langen Freiheitsstrafen engagiert. Diese Vollzugsform konnte

fünf Jahre später im Bereich „III E“ der Teilanstalt III realisiert werden, die sozialarbeiterische Leitung wurde ihm übertragen. 1991 wechselte er als Stellvertreter des Teilanstaltsleiters in die Teilanstalt V und übernahm die Leitung zwei Jahre danach. Im Jahr 2002 wurde **Ralph Adam** zum Vollzugsleiter und stellvertretenden Anstaltsleiter ernannt; im November 2007 schließlich zum Anstaltsleiter der JVA Tegel.

Daneben engagierte er sich seit über 30 Jahren als Dozent an der Bildungsstätte Justizvollzug im Fach Strafvollzugsrecht und wirkte später als Vorsitzender der Prüfungskommission für die Auszubildenden im allgemeinen Vollzugsdienst maßgeblich an der Ausbildung der neuen Kolleginnen und Kollegen mit. Auf vielen Reisen beteiligte sich **Ralph Adam**



Landesvorsitzender Thomas Goiny (II.) bedankte sich bei Ralf Adam für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Foto: BSBD Berlin

aktiv an der Entwicklung des Strafvollzuges im Ausland, insbesondere in der Ukraine und dem Baltikum, indem er sein umfangreiches Fachwissen und seine Erfahrung als Vollzugspraktiker einbrachte. Der **BSBD** wünscht **Ralf Adam** alles Gute, sowie einen aktiven Ruhestand und Gesundheit!

Rechtsschutz wichtiger den je!

Seit dem 1. August 2013 stiegen, aufgrund des zweiten Kostenrecht- modernisierungsgesetzes, die Gerichtsgebühren um bis zu 18 Prozent! Ebenso stiegen die Gebühren für Anwälte und Notare um 12, respektive 15 Prozent. Der Gang vors Gericht wird also teuer.



Foto: ddb

Absichern in allen Lebenslagen

Damit sie sich vor hohen Anwalts- und Prozesskosten schützen können, bietet der **BSBD Berlin seinen Mitgliedern** über das **ddb vorsorgewerk** exklusive Rechtsschutz-Versicherungen an. Diese Absicherung gilt auch für die Familie.

Exklusive Vorteile für BSBD Mitglieder:

Erkundigen sie sich als Mitglied im **BSBD** nach den aktuellen Angeboten und profitieren sie von hohen Versicherungssummen, geringen Selbstbeteiligungen und günstigen Spezialtarif.

Die Mitglieder des **BSBD Berlin** sind auf Grundlage der Rahmenrechtsschutzordnung des **ddb beamtenbund und tarifunion** gegen arbeitsrechtliche und dienstrechtliche Streitigkeiten abgesichert.



ddb vorsorgewerk

günstig • fair • nah

Also: Jetzt Mitglied werden und Vorteile sichern!

Nähere Informationen zum Rechtsschutz und zu den Angeboten des **ddb vorsorgewerks**, erhalten sie unter: www.bsbd-berlin.de oder unter: www.ddb-vorsorgewerk.de.

BSBD Berlin – Wir sind näher dran!

„Knacki-Dialog“ ist eröffnet

Erheblich steigender Behandlungsbedarf

Dringend notwendig: Qualifiziertes und motiviertes Personal

Mit der Pressekonferenz am 11. September 2013 hat Justizsenator Thomas Heilmann, den offenen Dialog zum neuen Strafvollzugsgesetz in Berlin angekündigt und eröffnet. Der **BSBD Berlin** ist aber gleichermaßen überrascht, dass eine „Berliner Variante“ des von zehn Bundesländern gemeinsam getragenen Grundentwurfs bisher nicht veröffentlicht wurde. Das neue Strafvollzugsgesetz soll laut Presseinformationen im nächsten Jahr vom Parlament verabschiedet werden.

„Wir unterstützen die sachliche Diskussion um das neue Strafvollzugsgesetz und begrüßen die angekündigte Form die Beschäftigten mit einzubeziehen. Das wurde bei den vergangenen Gesetzesvorlagen (Jugendstrafvollzugsgesetz, Untersuchungshaftgesetz) sträflich versäumt. Allerdings erwarten wir, dass die Vorschläge ernsthaft geprüft und mit eingebunden werden. Der eröffnete Dialog darf keine Einbahnstraße sein und die praktischen Vorschläge der Beschäftigten keine Berücksichtigung finden“, sagte der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin, Thomas Goiny**, zu dem Vorschlag.

Für den **BSBD Berlin** muss der Entwurf grundsätzlich dringende Probleme im Justizvollzug lösen. Dazu gehört u. a. die Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung, damit das Gesetz für die nächsten 20 Jahre Bestand hat. Auch der zusätzliche Personalbedarf für den erhöhten Behandlungs- und Betreuungsbedarf gehört hier in die Diskussion mit rein.

Verliebt in Statistiken

Immer wieder erlebt der **BSBD**, dass der Justizvollzug mit rein mathematischen bzw. statistischen Zahlen definiert wird. So liegt Berlin im Justizvollzug im sog. **Benchmarking-Vergleich** bei den Kosten noch über den pro Kopfausgaben wie in anderen Bundesländern. Allerdings hinkt wie immer die Statistik. Viele, im liberalen Berlin ausgeführten Maßnahmen im Justizvollzug, werden in dieser Größenordnung in anderen Bundesländern nicht durchgeführt. Dazu gehört auch die Zahl der Ausführungen und Besuche, die Inhaftierte erhalten dürfen.

Mainz ist überall

Mit „großem Bohei“ wurde in der Öffentlichkeit die Diskussion über das fehlende Personal bei der **Deutschen Bahn** in den vergangenen Wochen geführt und dabei vergessen, dass es inzwischen im gesamten öffentlichen Dienst erhebliche Personalprobleme gibt. Um annähernd die Leistung im öffentlichen Dienst über das Jahr 2020 hinaus zu gewährleisten, müssen in den nächsten Jahren mehr als 10.000 Beschäftigte eingestellt und

ausgebildet werden. Der Berliner Justizvollzug bildet dabei keine Ausnahme. Die großen Pensionswellen beginnen im Jahr 2015. Aus Sicht des **BSBD Berlin** muss das neue Strafvollzugsgesetz hierbei dringend berücksichtigt werden. Der erheblich steigende Betreuungs- und Behandlungsbedarf, muss sich auch bei der Personalbedarfsberechnung wieder spiegeln.

Wir sind nicht Guantanamo

Um dem hohen Anspruch eines neuen Gesetzes gerecht zu werden, bedarf es auch weiterhin qualifiziertes und motiviertes Personal. Dazu müssen aber auch Anreize geschaffen werden, um die Berufsbilder im Justizvollzug in der Öffentlichkeit zu verbessern und zu vermarkten. Der Justizvollzug ist kein Geheimdienst, hinter dessen Mauer die Öffentlichkeit nicht erfahren darf, was dort passiert.

Der Justizvollzug steht in einer Reihe mit dem Polizeivollzug und dem Feuerwehrevollzug und wird aber erheblich schlechter bezahlt. Die Aufstiegschancen sind gering, Beförderungen selten. Aus Sicht des **BSBD Berlin** kann hier relativ schnell Positives verkündet werden, in dem das Land Berlin endlich anfängt Leistungszulagen und Prämien in den Haushalt einzustellen und auszuzahlen. Die Rechtsgrundlage liegt seit 1998 vor und wird seitdem nicht umgesetzt.

Auch die Justizvollzugszulage muss an die von Polizei und Feuerwehr angepasst werden. Bei der Belastung durch den Beruf, gibt es keine Unterschiede. Die hohe soziale Kompetenz und das Fingerspitzengefühl sind die Grundvoraussetzung im Justizvollzug.

„Das Bewährte darf aber nicht zugunsten des Statistik oder der Lust am verändern aufgegeben werden. Wir reden beim Justizvollzug von Menschen, sowohl bei den Inhaftierten und im gleichen Maße natürlich auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Justizvollzuges. Wir hoffen sehr, das nicht derjenige, der am lautesten bellt oder mit dem Schwanz wedelt, das größte Gehör beim Dialog um das neue Strafvollzugsgesetz erhält“, sagte **Goiny** abschließend.

BSBD: Personalabbau ist ohne Sinn!

Bisherige Berechnungen entsprechen nicht den Realitäten

Sicherheit der Vollzugsanstalten und Betreuung der Inhaftierten ist durch Personalreduzierung gefährdet

Mit Bedauern stellt der BSBD Berlin, das die Senatsverwaltung für Justiz weiterhin an den Personaleinsparungen festhält. Anlässlich des zweitägigen Treffens mit den zuständigen Vertretern/innen der Abteilung III der Senatsverwaltung für Justiz Verbraucherschutz, den Anstaltsleiter sowie den Personalräten, Frauenvertreterinnen und Schwerbehindertenvertreterinnen und den Gewerkschaften in Schöckwitz, stellt der BSBD Berlin fest, dass bisher ein Konzept um den bevorstehenden Personalabgängen entgegenzuwirken völlig fehlt!

Die soll nun gemeinsam am 19. und 20. August 2013 besprochen werden, allerdings unter der durch den Senat beschlossenen Plan, bis 2016, 205 Vollzeitäquivalente (VZÄ) im Justizvollzug einzusparen. Eine notwendige, für den gesamten Justizvollzug geltende Personalbedarfsberechnung liegt nicht vor. Der BSBD kritisiert weiterhin, dass sich durch die neue Laufbahnverordnung für die ganze Berliner Justiz, der Stellenkegel für den Justizvollzug erheblich verschlechtert hat. Hinzu kommt gegenüber anderen Bundesländern eine schlechtere Berechnung der Jahresarbeitszeitminuten, sowie die wenig vernünftigen Perspektiven für die Beschäftigten.

„Wir unterstützen das Anliegen des Justizsenators, gemeinsam ein Konzept zu entwickeln, um nach Möglichkeit passgenau den Personalbedarf bis 2020 und darüber hinaus zu berechnen. Dazu gehört aber auch, dass man sich eingesteht, wenn die bisherigen Berechnungen nicht mehr den Realitäten entspricht! Da bisher große Vollzugsanstalten wie die JVA Tegel und Moabit nicht durchgerechnet wurden, kann die wirkliche Zahl von Beschäftigten für die Anstalten bis 2016 nicht wirklich real angegeben werden“, so die Aussage des BSBD Landesvorsitzenden, **Thomas Goiny**.

Der BSBD Berlin wird bei dem Treffen Wert darauf legen, dass ohne eine konkrete, den Gesetzen folgende und den wirklichen Belastungen des Personals definierte Aufgabenkritik, keine Personaleinsparungen mitgetragen wird.

Im Frühjahr hatte der BSBD Berlin bereits darauf hingewiesen, dass die Justizverwaltung durch den Personalabbau ernsthaft die Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten riskiert und damit billigend in Kauf nimmt, dass Gewalt in den Haftanstalten akzeptiert wird.

Der BSBD Berlin erwartet, dass eine Personalplanung über das Jahr 2016 hinaus aufgestellt wird, die auch wieder mögliche steigende Gefangenzahlen berücksichtigt. Gleichzeitig wird erwartet, dass die Arbeitsverträge aller ehemaligen Anwärter der letzten Jahre, wieder in Beamtenstellen umgewandelt werden

(das gilt natürlich auch für den ausgebildeten Verwaltungslehrgang). Die bisherige Weiterbeschäftigung der letzten beiden Ausbildungslehrgänge im allgemeinen Vollzugsdienstes (LG 221 und 222), begrüßt der BSBD ausdrücklich.

Personal- u. Perspektivplanung fehlt

Bereits auf dem Gewerkschaftstag des dbb Berlin am 15. Mai 2013 hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Sven Rissmann**, das ausgearbeitete Konzept zur Personalplanung bis 2020 vorgestellt. In dem Papier „Grundlagen für ein Personalkonzept 2020“ hat die CDU ihre Vorstellungen für die Nachwuchsgewinnung in den nächsten Jahren vorgestellt. Allerdings fehlt bis



heute vom großen Koalitionspartner eine gleichwertige konkrete Aussage über den zukünftigen Umgang mit den Personal im öffentlichen Dienst.

Für den BSBD Berlin hatte der Landesvorsitzende, **Thomas Goiny**, zu dem Entwurf eine erste Einschätzung vorgenommen. „Wir freuen uns, dass die CDU-Fraktion als erste Regierungspartei ein konkretes Konzept vorgelegt hat. Das Papier enthält Ansätze, wie die Wiedereinführung der Jubiläumszulage für Beamtinnen und Beamte, die eine alte Forderung des BSBD erfüllt. Die Nachwuchsgewinnung wird die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre werden. Damit steht und fällt die Lebensfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Berlin im Allgemeinen und im Justizvollzug im Speziellen. Wir haben im Vorfeld der Haushaltsaufstellung klare Aussagen getroffen, die dringend erforderlich sind, um die Nachwuchsgewinnung für den Justizvollzug zu gewährleisten“. Daher gehören für den BSBD Berlin klare Zu-

und Aussagen der Politik auf den Tisch um glaubwürdig zu bleiben und um vor allem die Berufsbilder im Justizvollzug zu beleben und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus der derzeitigen demotivierten Talsohle herauszuholen.

Dazu gehören unter anderem die folgenden Punkte:

- Eine einheitliche für den gesamten Justizvollzug geltende Ausbildung, die pro Jahr mind. 2 Lehrgänge umfasst!
- Übernahme der Anwärter und Anwärterinnen nach der Ausbildung im Beamtenverhältnis und die Einstellung entsprechender Stellen im Personalhaushalt
- Wiedereinführung der Anwärtersonderzuschläge, damit sich gute Bewerber im Einzelfall nicht anderen Berufsfeldern zuwenden und dem Justizvollzug erhalten bleiben.
- Die Grundvoraussetzung einer abgeschlossenen Berufsausbildung muss sich auch bei der Eingruppierung in der Besoldungstabelle in den jeweiligen Erfahrungsstufen bemerkbar machen. Ein(e) 35jähriger Bewerber/in darf nach der Ausbildung nicht in der Erfahrungsstufen 1 anfangen.
- Die Laufbahnverordnung muss großzügig ausgelegt werden, um im Rahmen der Perspektivplanung für die Beschäftigten größtmögliche Aufstiegschancen zu ermöglichen. Dazu gehört u. a. die Bewertung der Meister im Werkdienst in die Laufbahngruppe 2.
- Die Mitarbeiter in der IT-Stelle gehören entsprechend dem bundesweiten Maßstab ebenfalls in die Laufbahngruppe 2.
- Die Medizinische Versorgung durch Altersabgänge und Ärztemangel ist aus Sicht des BSBD gefährdet, wenn Stellenbewertungen und die finanziellen Voraussetzungen nicht den wirklichen Gegebenheiten angepasst werden.

Wertschätzung

Hierzu gehören für den BSBD ganz klar die **Wiedereinführung der Jubiläumszulage** für die 25-jährige und die 40-jährige Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst, mit der das Vertrauen belohnt wird. Außerdem muss die Justizvollzugszulage an die von Feuerwehr und Polizei angepasst werden. Wer den Vollzug in einem Atemzug nennt und damit nach dem Landesbeamtengesetz Polizei und Feuerwehr meint, meint auch den Justizvollzug. **Es gibt kein schlüssiges Argument die belastende Arbeit im Justizvollzug finanziell schlechter zu stellen.**

„Ich fühle mich verraten und missbraucht!“

Personalrat und die Frauenvertreterin der JVA Moabit unterstützen Aktion des BSBD Berlin

„Wer uns quält wird nicht gewählt!“ – Unter diesem Motto überreichten am 6. September 2013 der Personalratsvorsitzende Uwe Nöldner und die Frauenvertreterin der JVA Moabit, Birgit Polnik, die gesammelten Postkarten der Aktion „Wer uns quält wird nicht gewählt“ an Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsparteien von CDU und SPD.



In der Landesgeschäftsstelle der SPD wurden die Postkarten von der Landesgeschäftsführerin, Frau Kirsten Fussen, sehr entgegen genommen. Nach der Begrüßung folgte ein angeregtes und interessantes Gespräch mit Frau Fussen.

In der Landesgeschäftsstelle der CDU wurden die Protestkarten von der Referendarin des Landesvorsitzenden und Innensenators Frank Henkel, Frau Pietsch, in Empfang genommen. In einem kurzen Wortwechsel versicherte Frau Pietsch, die Postkarten an Herrn Henkel weiterzuleiten.

Hintergrund der Aktion war die Protestaktion des BSBD Berlin, in der die Parteivorsitzenden, Jan Stöß (SPD) und Frank Henkel (CDU), auf die schlechte Besoldungslage der Beamtinnen und Beamten aufmerksam gemacht wurden. Die Beschäftigten des Berliner Justizvollzuges haben sich landesweit an der Aktion beteiligt.

In beiden Gesprächen konnten Uwe Nöldner und Birgit Polnik die besonderen Belange der Kolleginnen und Kollegen darstellen und auf die schwierige Personalsituation hinweisen. Uwe Nöldner und Birgit Polnik luden die Vertreter/



innen beider Parteien zu einem Besuch in die JVA Moabit ein, um sich ein Bild von der Arbeitsbelastung Vorort machen zu können.

Weitere Informationen zur Aktion unter: www.bsbd-berlin.de

Deutscher Volleyballmeister 2013 kommt aus der JVA Tegel

Die Freude am Gewinn der Meisterschaft war riesengroß – Dank an das Team und den fleißigen Helfern

Bei der 35. Deutschen Volleyballmeisterschaft der Justizvollzugsbediensteten, am 8. Juni 2013, in Essen, kämpften 30 Mannschaften im A-Turnier um den Titel.

Nach einer sicheren Vorrunde erreichten die Volleyballer der JVA Tegel die Zwischenrunde der besten 12 Mannschaften. Dabei konnte sich das Team als Gruppen-Erster gegen andere sehr gute Mannschaften durchsetzen. Im Finale kam es dann zum spannenden Duell mit dem Vorjahreszweiten, der JVA Waldeck. Durch eine konstante und sehr gute Mannschaftsleistung wurden beide Sätze durch die JVA Tegel mit 25:20 und 25:16 gewonnen. Die Freude am Gewinn der Meisterschaft war riesengroß, der Pokal ging wieder nach Berlin – nach 16 Jahren.



Im Bild vorne: Ramona Schulz, Marko Fuhrmann. Hintere Reihe von links nach rechts: Marcel Kase, Jörg Ehlert, Heiko Gardt, Olaf Kardinal, Stefan Heick.

Foto: BSBD Berlin

